



Thomas Seitz
Staatsanwalt a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit hinsichtlich der Covid-19-Pandemie | Vorstandsbeschluss des Oberrheinrats - gemeinsame Erklärung der Dt.- Schweizerischen Parlamentariergruppe zur Corona-Krise

Berlin, 14.05.2020
Bezug: Schreiben des Oberrheinrates
vom 05. Mai 2020 und gemeinsame
Erklärung der Dt.-Schweizerischen
Parlamentariergruppe zur Corona-
Krise
Anlagen: Pressemitteilung, Beschluss
des Oberrheinrats, Erklärung der Dt.-
Schweizerischen
Parlamentariergruppe

Thomas Seitz-MdB
Staatsanwalt a.D.
Wahlkreisbüro:
Kirchstraße 56
77966 Kappel-Grafenhausen
Telefon :+49 7822-7872747
Fax: +49 7822-7872747-9
thomas.seitz.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Schadowstraße 12/13
Raum: 3.112-15
Telefon: +49 30 227-73356
Fax: +49 30 227-70357
thomas.seitz@bundestag.de

Thomas Seitz MdB zur Zusammenarbeit am Oberrhein

Ich schließe mich dem Dank des Oberrheinrates an alle Akteure in der Oberrheinregion, die an der Bewältigung der Krise mitwirken, an. Vor allem gilt mein Dank den Ärztinnen und Ärzten, dem medizinischen Personal, allen im Pflegebereich Tätigen und den vielen anderen Menschen, die Hilfe leisten und unterstützen. Es entsprach einer Selbstverständlichkeit im Rahmen guter Nachbarschaft, dass Corona-Patienten grenzüberschreitend im Nachbarland stationär versorgt wurden. Einer automatischen Kostenübernahme - wie von Gesundheitsminister Spahn propagiert - ist jedoch deutlich zu widersprechen. Die in der Vergangenheit in Deutschland und vor allem auch in Südbaden erfolgte Ausdünnung der Gesundheitsversorgung durch Krankenhausschließungen aus primär finanziellen Gründen schließt es aus, hier Geschenke zu verteilen. Hier bin ich vor allem von der CDU enttäuscht, die dieses Konzept von Minister Spahn unterstützt hat.

Eine grenzüberschreitende Pandemieplanung ist sicherlich eine begrüßenswerte Forderung des Vorstandes, allerdings waren spätestens mit dem Gutachten aus dem Jahr 2012 die bestehenden Mängel im Rahmen der Pandemie-Vorsorge allgemein bekannt und bestand zumindest auf deutscher Seite genügend Zeit für entsprechende Vorsorge. Das Beispiel der Schutzmasken und der Desinfektionsmittelbevorratung beweist das katastrophale und lebensgefährdende Totalversagen der Vorsorgepolitik eindrucklich. In dem Baseler Arbeitspapier der vergleichenden Pandemieplanungen von 2008 gab es noch weiße Flecken, besonders hinsichtlich der Beschaffung der wichtigen FFP-2-Masken und Desinfektionsmittel. Inwieweit hier Vorsorge getroffen wurde und wenn nein, warum nicht, wird noch aufzuklären sein. Hier sehe ich großen Nachbesserungsbedarf, um für die Zukunft besser aufgestellt zu sein, um die Bevölkerung dies- und jenseits des Rheins zu schützen.



Während teilweise innerdeutsche Reisebeschränkungen mit der Notwendigkeit der Eindämmung der Ausbreitung des Virus begründet wurden, wird die Einschränkung des grenzüberschreitenden Verkehrs kritisiert. Eben weil das Virus keine Staatsgrenzen kennt, muss eine kohärente Regelung durchgesetzt werden. Den Reiseverkehr von Mecklenburg nach Niedersachsen zu unterbinden, aber die Grenzen nach Belgien und in die Niederlande offenzulassen - ganz zu schweigen vom Flugverkehr zum Iran oder China – ist ein Paradebeispiel von unverantwortlicher Symbolpolitik.

Die EU unter dem Vorsitz von Frau von der Leyen hat ihre Nutz- und Ahnungslosigkeit in der Krisenbewältigung deutlich gezeigt: Neben dem Video zum Händewaschen und der Forderung nach Vergemeinschaftung der Schulden in der EU ist kein Vorteil in bürokratischen Doppelstrukturen zu ersehen. Vor allem, wenn Entscheidungen zur Bekämpfung einer Pandemie dieses Ausmaßes schnell getroffen werden müssen: Hier spreche ich mich für einen Abbau des Gesamtumfangs des EU-Apparates aus. Eine Maßnahme wie die gemeinsame Pandemieplanung in subsidiärer Form begrüße ich jedoch ausdrücklich. Der am 07. Mai vom Arbeitskreis Gesundheit der AfD-Bundestags-Fraktion erarbeitete 11-Punkte-Plan zur Evaluierung und Eindämmung des Corona-Virus bietet auch eine regionale Adaption und könnte hilfreich sein bei der Entwicklung der Pandemievorbeugung, auch in der Region Oberrhein. Als Mitglied der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag schließe ich mich dem Aufruf unserer Gruppe vom 11. Mai zur Lockerung der Einreisebeschränkungen an.